



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Gewerkschaften und Reichstagswahlen. — Vom Kampf im Steindruckgewerbe. — Feuilleton: Kunst. — Volkswirtschaft. — Seilverfahren und Seilbehandlung. — Korrespondenzen (Hamburg, Danabrück). — Adressenveränderungen. — Abrechnungen.
Beilage: Das Land, in dem Milch und Honig fließt. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 12.—18. November 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 46 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Mitgliedern, die ohne Reiselegitimation sind und sich bei den Ortsfiskalieren melden, ist keinerlei Unterstützung auszusagen. Das Mitgliedsbuch solcher Reisenden ist sofort dem Verbands-Vorstand einzusenden.

Aus mehreren Zahlstellen sind die statistischen Karten noch nicht eingegangen. Wir ersuchen um umgehende Erledigung.

Das Mitglied Alex. Wierzbowski (Buch-Nr. 10106) hat ohne vorherige Anmeldung Bremerhaven verlassen und sich in Hannover eine Reiselegitimation zu verschaffen gewußt. Da die Aushängung der Reiselegitimation zu Unrecht erfolgt ist und außerdem das genannte Mitglied noch Beitragsschulden beim Verband zu begleichen hat, so ersuchen wir unsere Ortsverwaltungen, ihm Unterstützungen nicht zu zahlen, ihm Legitimation und Mitgliedsbuch abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzusenden. Da ferner angenommen wird, daß Wierzbowski auch das Mitgliedsbuch eines Kollegen Mitschke (10107) mitgenommen hat, so ist ihm auch dieses abzunehmen.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Eine Aufrechnung.

h. Die Episode Willow-Bethmann-Hollweg dauert also noch bis zum 11. Januar 1912, am 25. Januar 1907 hat sie begonnen. Es gilt Bilanz zu ziehen, Abrechnung zu halten, den Schlüssel zu machen. Der zum gesellschaftlichen Bewußtsein erwachte Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierte Proletarier hat es besonders nötig, in den vier Jahren ist er mit Skorpionen gepeitscht worden.

Der Auftakt dazu war die kaiserliche Thronrede vom 19. Februar 1907, sie behauptete, die Sozialdemokratie habe den großen Gefeszen zum Schutze der Schwachen Widerstand geleistet, trotzdem sie sich als die wahre Vertreterin der

Arbeiterinteressen bezeichne. Darunter dürfe aber der deutsche Arbeiter nicht leiden, deshalb seien die verbündeten Regierungen entschlossen, das soziale Werk der Gesetzgebung, das auf dem Grundsatze der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen beruhe, im Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.

Dann kam — am 11. April — Graf v. Posadowski mit einem konservativ-liberalen Sozialprogramm, das reich an Versprechungen und arm an sozialpolitischen Wahrscheinlichkeiten war. Er zauberte, gleich seinem damals in höchster Blüte lebenden Kollegen vom Kolonialamt einen sozialpolitischen Palmenhain vor die Augen des Reichstages und beteuerte im gleichen Moment, daß er ein konservativer Politiker sei.

Schon am 25. Juni war der Traum zu Ende, trotz seiner konservativen Glaubensbekenntnisse hatte es Posadowski längst mit den Scharfmachern aller Arten verborgen. An seine Stelle trat — Bethmann-Hollweg! Damit waren nicht nur die sozialpolitischen Pläne seines Vorgängers, sondern auch jedes Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit einer Regierung für das Volk, wie sie die Thronrede so schön aufgeführt, verschwunden. Nur das Reichsbereinsgesetz konnte vom Erbeil des früheren Ministers des Innern noch gerettet werden. Dann kam die Aera der Scharfmacher.

Der Zentralverband der Industriellen forderte in seiner Korrespondenz die Einfuhr von Nulls mit der Begründung, daß, „solange der chinesische Null bedürfnislos bleibe“, der Kulturnation, die ihn verwende, kein Schaden entstehe! Gefahr trete erst in dem Moment ein, wo er sich assimiliere. Aus den Kreisen, in denen dieser Wunsch geboren, kam die Forderung einer reinen Klassenkampfpartei des Unternehmertums; eine politische Partei der wirtschaftlichen Arbeiterfeinde ist das Ziel der Sehnsüchte dieser Leute.

Dazu kam eine wahlverwandte und dauernde Regierungsunterstützung aller scharfmacherischen Gesülste und Wünsche. Im Juli 1908 erging ein Bescheid des preussischen Eisenbahnministers an den Verband der deutschen Tiefbauunternehmer, der ausdrücklich bestätigte, daß die Heranziehung ausländischer Arbeiter durch die Regierung unterstützt würde. Sogar besondere Erleichterungen für die Einfuhr williger und billiger Auslandsproleten wurde zugesichert!

„Der schöne Traum der Witwen- und Waisenversicherung“, wie der damalige Minister gegen die Sozialpolitik, Bethmann-Hollweg, sich geschmackvoll ausdrückte, wurde im Winter 1908/09 wieder besprochen. Die Regierung mußte eingestehen, daß sie kein Geld zu diesem Zwecke habe, trotz des heuchlerischen Beschlusses der Zentrumspartei bei der Beratung des Zolltarifes. Die Per Trimbom wurde 1902 vom Zentrum deshalb geschaffen, damit die aufwallende katholische Anhängerschaft ihre Abgerubete nicht wegen des Zolltarifes zur Rechtschaffenheit ziele. Die voragesehenen Gelder hat durch das Einfuhrsteuersystem der agrarische Bundesgenosse des Zentrums geschluckt.

Die Unternehmer gingen weiter planmäßig in der Bekämpfung ihrer Arbeitsskienen vor. Auch die Privatangestellten wurden energisch an ihren gnädigst gewährten Brotkorb erinnert.

Die Scheinkonferenz der deutschen Bergherren, die am 6. Januar 1909 stattfand, konnte schon „von unseren Freunden, die im Ministerium sitzen“, sprechen.

Geheimrat Hilger prägte das Charakteristikum der ganzen heutigen Sozialpolitik, als er sagte, „die Arbeiterkontrollen sollen weiter nicht als als weiße Salbe sein“. Der Geheime Bergerrat Uthemann, der kurz vorher noch im Ministerium gesessen hatte, forderte die Herren, die am anderen Tage ins Ministerium zu einer Besprechung gehen wollten, auf: „Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge!“

Der Erfolg dieser struppelosen Interessenwahrnehmung war für die Arbeiter rasch genug zur Wirklichkeit geworden. Den Bergarbeitern antwortete der preussische Handelsminister auf ihre Eingabe, welche den Arbeitsnachweis des Zeichenverbandes betraf, ihm erscheine eine Vermittlung für paritätische Arbeitsnachweise „un-tunlich“. Dies war am 25. November 1909.

Am 12. April 1910 ritt der Zentralverband deutscher Industrieller gegen alle sozialpolitische Arbeit der Regierung an. Arbeitskammergesetz, Stellenvermittlergesetz, Hausarbeitsgesetz, Gewerbeordnung usw., alles sollte entweder Gesetz für die Unternehmer oder weiße Salbe für die Arbeiter werden.

Zum peitschen, zum Spott, kam der Hohn, die Frechheit der ungebildeten Gebildeten. Auch die Frau von Vopelius mit ihrem Wasserhüffelrezept vom 30. April 1910 gehört in dies Kapitel.

Weiße Salbe und kaltes Wasser, das ist das Programm der Arbeiterfeinde. Die Reichsversicherungsordnung und die darüber gepflogenen Beratungen und gefassten Beschlüsse haben dies ebenso bewiesen, wie W o a b i t.

Im Blute sollte nach Bismarckschem Rezept die Arbeiterbewegung erstickt werden, die stolze Disziplin der organisierten Arbeiter hat diesen Plan zunichte gemacht, die Wahlparole, das Mittel, dem Bürger grausen zu machen vor der Sozialdemokratie, schlug nicht ein. Aber die Periode der Hinbebrüder hat trotzdem die Regierung in das Fahrwasser der Scharfmacher geworfen. Schutz den „Arbeitswilligen“, das war die Parole, unter der man nun gegen die Arbeiterbewegung loszog. Petition um Petition, Forderung um Forderung ging an die Regierung, dem Arbeiter sein einziges Recht, für sich zu kämpfen, zu nehmen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der konservativen und ihrer Bundesgenossen, haben bei der Reichsversicherungsordnung Triumphe erringt. Die Reichsversicherungsordnung ist nicht das, was sein mußte! Die Arbeiterschaft muß sich eben jedes Stücklein Recht schrittweise unter unsäglichen Mühen erkämpfen, erzwingen! Sogar die Ehre des Proletariats wird im Schmutz zu halten versucht.

Der Essener Meineidsprozeß ist die Erinnerung daran, daß das Proletariat heute auch vor den Gerichten oft genug nicht Recht bekommt. Was innerhalb der vergangenen vier Jahre an Verurteilungen von Streikposten, Gewerkschaftsbeamten, Arbeiterzeitungen usw. geleistet worden ist, erinnert an die Zeiten des Sozialistengesetzes!

Nicht vergessen darf werden, daß jeder Gesetzentwurf sozialpolitischer Art, den die Regierung einbrachte, solange Bülow-Bethmann Hollweg Triumpf gewesen ist, ein neuer Versuch war, die Arbeiterschaft zu knebeln. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ebenso wie das Vereinsgesetz sollte Handhabe bieten, den Gewerkschaften ihre Kulturaufgaben schwer zu machen.

An all dies muß jetzt jeder Arbeiter denken! Der ganze vierjährige Reichstag war mit Unfruchtbarkeit geschlagen und mit Haß gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung genährt! Bülow versprach 1907 viel, gehalten wurde nichts! Nichts ist geschehen am Werke der sozialen Volksgesundung.

Darum muß bei den Reichstagswahlen die Losung lauten: Wer als Arbeiter lebt, empfindet und denkt, wer sich seiner Stellung im Staate bewußt geworden, wer für wirklich soziale Politik ist, der muß sozialdemokratisch wählen!

Dem Kampf im Steindruckgewerbe.

Die Situation auf dem Kriegsschauplatz hat sich seit voriger Woche nicht geändert. Der Leitung des Schutzverbandes scheint's allerdings etwas schwül zu werden, denn sie beginnt den nun einmal unvermeidlichen Rückzug vorzubereiten. Während sie bisher die Niederanfrage der feinerzeit geschickerten Verhandlungen mit dem Senefelder-Bund davon abhängig machte, daß dieser sich mit dem von Schutzverband gemachten Angeboten in Bezug auf Arbeitszeit und Mindestlöhne einverstanden erklärt, wird jetzt diese Vorbedingung auf die Hälfte reduziert. Unterm 31. Oktober hat nämlich der Schutzverband an den Vorstand des Senefelder-Bundes folgendes Schreiben gerichtet:

Im Anschluß an unser Schreiben vom 23. cr. teilen wir Ihnen auf Grund eines Beschlusses unseres Ausschusses mit, daß wir bereit sind, in Verhandlungen mit Ihnen einzutreten, falls Sie sich mit der von uns angebotenen 53 stündigen Arbeitszeit einverstanden erklären. Wir sehen Ihrer gefl. Rückantwort entgegen.

Hochachtungsvoll

Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.
Der Vorsitzende: Der Generalsekretär:
gez. Paul Wundsch. gez. Dr. Wagner.

Kunst.

(Nachdruck verboten.)

Leider sind es verhältnismäßig nur Wenige, Bevorzugte, welche sich an der Kunst erfreuen können. Das ist sehr zu bedauern. Wäre die echte, wahre Kunst unserem ganzen Volke ohne Unterschied zugänglich, stände es besser um unsere ganze Kultur.

Heute aber ist die Kunst nur für diejenigen da, welche über einen gefüllten Geldbeutel verfügen. Es ist kein Unterschied, ob ich mir ein Kunstwerk anschaffen will, oder ob ich mir den Genuß einer Kunstleistung anhören möchte. Beides kostet Geld, viel Geld, worüber das werktätige Volk nicht verfügt. Und doch, was für Gedanken, welche Empfindungen löst so ein edles Musikstück aus, wenn es von Künstlern vorgetragen wird. Losgelöst wird der Mensch von all dem Schwere, was ihn bedrückt. In den Tönen sieht er ein ander Land heraufziehen, er wird nach einer anderen Welt versetzt, in der es sich so leicht, so angenehm leben läßt. Die Erinnerung zieht den Schleier von all den schönen Stunden, welche der Einzelne einst erlebte. Er wird zurück versetzt in vergangene Tage, welche nicht so schwer waren wie die heutigen.

Diese Stunden werden jedem Menschen unvergesslich sein; er wird sich ihrer auch nach Jahren noch erinnern. Ein Beweis dafür, daß die Kunst

Der Senefelder-Bund, der selbstverständlich jederzeit zu Verhandlungen sich bereit erklärte, hat dies auch neuerdings in einem Schreiben an den Schutzverband zum Ausdruck gebracht, jedoch unter der Voraussetzung, daß alle Differenzpunkte in die Verhandlungen mit hineinbezogen werden, daß er demnach auf die vom Schutzverband gestellte Bedingung nicht eingehen kann. Nach Lage der Dinge werden sich die Schutzverbändler sehr bald überzeugen müssen, daß auch der letzte Stein des Anstoßes erst von ihnen beiseite geworfen muß, ehe es möglich sein wird, den Konflikt zu beendigen.

Aus Stuttgart geht uns folgender Bericht über die Situation am Ort zu:

Der Kampf gegen die hiesigen Schutzverbandsfirmen dauert unverändert weiter. Auch hier geben sich die Schutzverbandsvertreter fortgesetzt die größte Mühe, ihre nicht durch den Schutzverband „geschützten“ Firmen in den Kampf zu ziehen. Bis jetzt ohne Erfolg. Ganz verzweifelte Anstrengungen macht man, um das anderweitige Unterbringen der Streikenden zu verhindern. Wir zogen mit 91 Streikenden in den Kampf und gegenwärtig sind es nur noch 50. Die Uebrigen sind anderweitig untergebracht. Ob diese später wieder Lust haben werden, die Lagen des Schutzverbandes zu betreten, ist noch sehr fraglich. Dasselbe ist bei den Lithographen und Steindruckern zu verzeichnen. Da ist es ein Schauspiel für Götter, mit zuzusehen, wie man littet, ja nicht das streikende Personal wegzulapern. Auch die Stuttgarter Schutzverbandsprinzipale müssen am Ende ihres Lateins sein. Der letzte Rettungsanker ist nunmehr die Polizei. Diese soll gegen die Streikenden vorgehen. Daß dazu auch gesetzliche Gründe gehören, wird natürlich im Eifer ganz vergessen. In diesem Eifer passieren dann natürlich auch ergötzliche Sachen. Steht da ein biederer Schwabe gemächlich vor dem Hausstor einer hiesigen Kunsthandlung und schaut den Bauhandwerkern bei ihrer Arbeit zu. Der Firmeninhaber, welcher wohl Tag und Nacht von den bösen Streikposten träumt, springt wutentbrannt auf den Ahnungslosen zu und fordert ihn auf, hier wegzugehen, andernfalls er ihn durch den Schutzmann verhaften lassen werde. Unser guter Landsmann hat aber dem Uebereifrigen die Meinung auf gut schwäbisch gesagt. Der lachende Dritte war der etwa drei Meter davon entfernt stehende Streikposten.

Selbst die im gesellschaftlichen Leben übliche Höflichkeit ist bei manchem Schutzverbandsprinzipal abhanden gekommen. Bekommt da unter dem 28. Oktober 1911 ein Kollege ein Schreiben folgendes Inhalts:

imstande ist, eine Brücke zu schlagen zwischen Einst und Jetzt. Diese Brücke hält den Gedanken stand, und gar wohl ist sich derjenige befinden, der oft diesen Gedanken nachhängen kann. Aber kommt das oft vor? Gibt es nicht ungezählte Tausende, welchen dieses Gefühl vollständig fremd ist und bleibt? Leider, leider! Sätte aber nicht jeder, der auf den Pulsschlag der arbeitenden Bevölkerung achtet, es wahrgenommen, mit welcher Liebe unser Volk an der Kunst hängt? Wir wollen von den hohen, künstlerischen Leistungen absehen und nur so einen Biergarten oder einen Saal betreten, in welchem sich die Durchschnittsmusiker mit ihren Instrumenten abquälen. Stuhl für Stuhl ist besetzt. Ist die Unterhaltung auch noch so laut, still wird es werden, wenn der Kapellmeister seinen Taktstock erhebt, und wenn er ihn am Schluß senkt, wird er durch Klatschen aufgefordert werden, eine Zugabe spielen zu lassen.

Aus so einem Biergarten habe ich eine schöne Erinnerung mitgenommen. Jeder Stuhl war besetzt; die Tische waren im Bogen belagert; jeder von den Späterkommenden sah nur zu, daß er sein Bierglas unterbringen konnte und war dankbar, wenn er zwischen den Sitzenden sich noch einen Stuhl schieben konnte. Ich saß an einem Tische, neben mir alles gedrängt voll. Meine nächsten Nachbarn waren ein älteres Ehepaar. Er hatte die ersten Silberfäden im Haar, während sie nur noch wenige braune Haare auf dem Scheitel

Fr. D., hier. Sie hatten die Frechheit, gestern Abend zwischen 1/2 6 und 6 Uhr mein Grundstück zu betreten, um in die Druckerei meines Hinterhauses hineinzufehen.

Mit einem Menschen, der unerlaubter Weise in fremdes Eigentum dringt, will ich in Zukunft nichts mehr zu tun haben. Merken Sie sich das! Unterschrift.

Dem betreffenden Kollegen ist es gar nicht eingefallen, das fragliche Grundstück zu betreten.

Der Herr soll sich in seiner Nervosität erst einmal besser informieren, ehe er derartige höfliche Briefe schreibt. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen ist der Brief auch eine Frechheit, ganz abgesehen davon, daß man bei Erwachsenen stets das Wort Herr vor den Namen setzt. Wir registrieren diese Sache aus als ein Zeichen, daß man auf jener Seite nicht mehr ein noch aus weiß.

Der Kampf wird von uns nach wie vor in gemessener und anständiger Form weitergeführt, davon wird uns auch die widerliche Gefäßigkeit einzelner Prinzipale nicht abbringen können.

Volkswirtschaft.

Mühseliger Gewinn.

Ein landläufiges Sprichwort sagt: „Für Geld erhält man Zuder“; der Volkswirt könnte dieses Wort ummünzen und sagen: „Für Geld erhält man noch viel mehr Geld!“ Wie recht dieser Ausspruch hätte, kann an Beispielen mancher Art bewiesen werden; so z. B. an Hand des Kurstetels unserer Tageszeitungen. Dann aber auch durch die Berichte über die Abflüsse der Aktien- und anderen Gesellschaften. Wenn man diese Berichte verfolgt, kann man feststellen, welche riesige Summen in diesen Betrieben verdient werden, welche große Gewinne den Inhabern der Aktien einerseits, andererseits den Besitzern dieser Werte aus der Arbeit der Angestellten zufließen.

Bei den Werken, welche den größten Gewinn abwerfen, stehen die Maschinenfabriken oben an. Da ist z. B. die Bogtländische Maschinenfabrik in Plauen i. V., welche in diesem Jahre nur 30 Proz. Dividende verteilt, d. h. also, der Besitzer einer Aktie im Werte von 1000 Mk. erhält auf diese Summe 300 Mk., ohne daß er auch nur den Finger zu krümmen braucht. Wer demnach zehn dieser Papiere sein eigen nennt, hat einen Gewinn von 3000 Mk., wovon sonst zwei bis drei Arbeiterfamilien pro Jahr leben müssen.

Den gleichen Gewinn zahlen außer der obigen Fabrik noch die Adler-Fahrradwerke, die Halle'schen Maschinenfabriken, die Kappel Maschinenbauanstalt, Kirchner u. Co.; übertroffen werden diese Unternehmungen von der Maschinen-

hatte, die weitaus meisten waren ein unbestimmtes Grau. Der Kapellmeister hob den Taktstock, und über den Garten hinweg erklang die Melodie des „Santa Lucia“. Anbächtig saßen meine Alten; ich bemerkte, wie seine Rechte ihre Hand suchte. Still saßen sie so da, Hand in Hand; die Augen weiteten sich. Ich merkte, die Musik löste gar schöne Empfindungen bei Weiden aus. Als der letzte Ton verhallt war, sagte die Frau mit gedämpfter Stimme: „Unser erster Tanz“. — „Lange ist es her“, erwiderte der Mann. Haben meine Alten nicht einen Genuß gehabt; wurden sie nicht zurückversetzt in die schöne Zeit des Brautstandes? Das tat das einfache Lied, es ließ auf Minuten alles vergessen und brachte sie zurück in Zeiten, wo sie von dem Druck des Alltäglichen weniger gespürt haben werden als jetzt, wo sie grau und abgearbeitet waren.

Gehen wir noch einen Schritt weiter und verfolgen einen anderen Zweig der Kunst: die Malerei. Nimmt uns so ein Bild nicht ganz gefangen? Ist es nicht auch Erinnerungen mancher Art in uns aus? Wenn auch das große Publikum von all den Richtungen, welche es in der Malerei gibt, wenig oder gar nichts versteht, wird es doch einen Unterschied zwischen einem guten Bilde und einem schlecht gemalten — dem Klitsch — wohl zu machen verstehen. Auch das Auge des weniger Geschulten wird eine schön geschwungene Linie von einer harten, eckigen unterscheiden können; er

fabrik Hofmann, welche 40 Proz. Dividende verteilt.

Ganz ansehnliche Gewinne werden auch aus den Papierfabriken gezogen. So verteilt die Ammerdorfer Fabrik 22 Proz., die Cröllwitzer 12 Proz., die Feldmühle Rosel 10 Proz., die Königsberger Zellstoff-Fabrik 20 Proz., die Kofheimer Cellulosefabrik 12 Proz., die Reisholzerfabrik 15 Proz. und die Schlesiſche Cellulose- und Pappfabrik 7½ Proz. Dividende.

Daß die Spinnereien, Webereien und Tuchfabriken gleichfalls ihre Besitzer ernähren, weist der Kurzzettel aus. Wenn auch verschiedene Unternehmungen ohne erheblichen Ueberschuß arbeiten, so andere wieder mit ganz ansehnlichen Gewinnen. Die höchste Dividende finden wir bei den Vereinigten Glasstoff-Fabriken mit 36 Proz., worauf die Tüllfabrik in Pötha mit 25 Proz. folgt; die Scheibwiger und die Deutsche Zute-fabrik zahlen je 20 Proz., und eine ganze Reihe anderer Fabriken 10 bis 12 Proz. Dividende.

Was an dem Zucker verdient wird, können wir gleichfalls feststellen; nur eine der Fabriken zahlt keine, eine 6 Proz., alle anderen bedeutend höhere (bis 26 Proz.) Dividende.

Einen großen Gewinn erzielen auch die Bierbrauereien. Ihnen kam die Hitze dieses Sommers sehr zu statten, der Absatz war sehr groß, und groß ist auch die Dividende, welche die einzelnen Werke ausschütten, d. h. zur Verteilung an ihre Aktionäre bringen können. Zu nennen wären folgende Brauereien: Löwenbrauerei vorm. Peter Overbed in Dortmund mit 10 Proz. Dividende; Mahn u. Oherich in Kassel mit 10 Proz.; Hofen-Brauerei in Altona mit 13 Proz.; Paulanerbräu in München mit 12 Proz.; Bürgerliches Brauhaus in München mit 9 Proz.; Schwabenbräu in Düsseldorf mit 20 Proz.; von Berliner Brauereien zahlt die Kindl-Brauerei 14 Proz., Engelhardt 12 Proz., Löwenbrauerei 10 Proz., Pagenhofer 12 Proz., Schultheiß 14 Proz. Die höchste Dividende in den Unternehmen gleicher Art zahlen die Dortmunder Aktienbrauerei und die Dortmunder Union, welche es beide auf 20 Proz. bringen.

Die Chemische Industrie arbeitet gleichfalls mit sehr großem Nutzen. Da ist die Badische Anilinfabrik mit 24 Proz., die Elberfelder Farbenfabrik mit gleichfalls 24 Proz., die Höpfer Farbwerke mit 27 Proz., die A.-G. Schutz jun. mit 23 Proz. Dividende zu nennen.

Die Rekorzziffern finden wir jedoch bei der Rubrik „Verschiedene Gesellschaften“. Da steht z. B. „Bazar“ mit 72 Proz., Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft mit 50 Proz. Dividende verzeichnet. Es sind dieses Gewinne, welche von keinem anderen deutschen Unternehmen erreicht werden.

wird das Bild mit guten, wohlertwogenen Linien schön finden, das andere aber häßlich, wenn er vielleicht auch nicht weiß, warum dem so ist. Mögen beide Bilder freudig in der Farbe sein, er wird das mit den sanften Bogen und guten Linien vorziehen.

Bei der Skulptur — Bildnisformerei — ist es ebenso. Auch hier werden wir von den sanften Linien, welche die wohl geordneten Rundungen abschließen, angezogen und von edigen, nicht wahrheitsgetreuen Linien abgestoßen werden. Bei den letztgenannten Kunstwerken werden wir übrigens nicht so oft Auswüchse, Verwilderungen antreffen wie bei der Malerei. Das Material ist spröde und leidet nicht, daß mit ihm nach Belieben umgegangen wird. Anders bei der Malerei. Was sieht man nicht alles; was wird nicht alles „Gemälde“ genannt! Die tollste Schmiererei, die niederträchtigste Verkennung der Grundprinzipien von Schönheit wird als Bild ausgeboten und sehr oft angekauft von einer Menge, welche gleich dem Hersteller auf die niedrigste Stufe der Kultur zurück gestiegen sind. Diese Art Menschen ist durch ihr Nichtstun in einem allmählichen Verfall geraten. In diesem Zustande hat nur noch das, was von dem Normalen abweicht, Sinn für sie.

Eine Verhöhnung dieses Kunstpublikums leisteten sich vor Jahresfrist ein paar junge Maler in Paris. Auf der dortigen Ausstellung sah man ein mächtiges Bild, welches den Titel trug: „Und

Von der graphischen Industrie sind zu nennen: Neudorfer Kunstankalten mit 4 Proz., Schriftgießerei Vertbold mit 12 Proz., Schriftgießerei Sud mit 5½ Proz., Straßener Spielkartenfabrik mit 7½ Proz., Kunstankalt Trösch mit 15 Proz., während keine Dividende zahlen konnten B. Hagelberg und Neue Photographische Gesellschaft.

Heilverfahren und Heilbehandlung.

Im Reichsversicherungsamt wird in gewissen Zeitabschnitten eine Statistik über die Heilbehandlung bei den Trägern der Invalidenversicherung bearbeitet. Die kürzlich zur Ausgabe gelangte Statistik umfaßt die Jahre 1905 bis 1910 und enthält in zahlreichen Tabellen interessantes Material über Umfang und Erfolge der Behandlung, die verschiedenen Heilbehandlungsorte unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Heilstätten, der Versicherungsträger sowie die sonstigen Leistungen der letzteren auf dem Gebiete der Krankenfürsorge. Bevor auf diese Statistik näher eingegangen werden soll, muß darauf hingewiesen werden, daß die Reichsversicherungsordnung uns eine sehr bedenkliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes, betr. Uebernahme des Heilverfahrens, das die Versicherungsanstalten einleiten können, aber nicht müssen, gebracht hat. Bei Beratung des Gesetzes hatten die Mehrheitsparteien beschlossen, daß nicht mehr als 7 Prozent der Beitragseinnahme für das Heilverfahren ausgegeben werden dürfe. Die Empörung, die dieser Beschluß hervorrief, bewirkte, daß man ihn schließlich eine andere Fassung gab, mit der aber derselbe Zweck erreicht werden kann. Nach dem § 1355 der Reichsversicherungsordnung haben nämlich die Versicherungsanstalten den Vorschlag, in welchem auch die Ausgaben für das Heilverfahren vorgesehen sind, bevor ihn der Ausschuß festsetzt, der Ausschichtsbehörde vorzulegen. Sie beanstandet ihn, wenn er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Auf tunlichste Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungs-gesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben hat bereits das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben an die Versicherungsanstalten vom 11. Mai 1910 hingewiesen. Dies gelte, so wurde ausgeführt, nicht allein von den allgemeinen Verwaltungskosten, sondern auch von den Kosten des Heilverfahrens. Letzteres sei im Laufe der Jahre bei einer Anzahl von Versicherungsanstalten in weitem Umfang ausgestaftet worden. Bei einem Fortschreiten auf diesem Wege wäre ernstlich zu befürchten, daß die Ein-

nahmen der Versicherungsträger ihrem eigentlichen Zwecke entzogen würden.

Daß nun im allgemeinen zu viel für das Heilverfahren ausgegeben worden ist, kann durchaus nicht zugegeben werden. Ebenso, wie die versicherungspflichtige Bevölkerung gestiegen ist, so haben sich auch die Ausgaben für das Heilverfahren vermehrt. Zugabe ist ebenfalls, daß einzelne Versicherungsanstalten bei Uebernahme des Heilverfahrens durchaus nicht engherzig verfahren. Andere Anstalten dafür weisen aber fast alle Jahre ziemlich die Hälfte der Antragsteller ab. Entweder man ist noch nicht krank genug, oder man ist zu krank zur Uebernahme des Heilverfahrens, so heißt es dann in der Regel in den abweisenden Bescheiden. Unter Berücksichtigung dieser Einwände dürfen wir uns auch durch die Gesamtsumme, 177 811 106,41 M., die seit dem Jahre 1897 von allen Versicherungsanstalten für das Heilverfahren ausgegeben worden ist, durchaus nicht blenden lassen. Auf die letzten Jahre verteilen sich die Anzahl der übernommenen Personen und die Ausgaben hierfür wie folgt:

| Jahr | In Heilbehandlung genommene Personen: | Kosten des Heilverfahrens Mark: |
|-------|---|---------------------------------------|
| 1905 | 56 420 | 14 448 005,02 |
| 1906 | 68 893 | 16 660 445,07 |
| 1907 | 74 023 | 17 954 706,00 |
| 1908 | 86 990 | 21 625 883,00 |
| 1909 | 101 158 | 24 275 577,00 |
| 1910 | 114 310 | 26 593 569,00 |
| Summa | 499 784 | 121 558 185,09 |

Aus der Statistik ergibt sich ferner, daß das Anteilsverhältnis der Männer in den Krankheitsgruppen Lungentuberkulose und andere Krankheiten erheblich größer ist als das der Frauen und daß bedeutend mehr nichttuberkulöse als tuberkulöse Frauen an der Heilbehandlung beteiligt sind. Die Zahl der behandelten tuberkulösen Männer zu den nichttuberkulösen Männern verhält sich etwa wie 5 : 6, während die Zahl der tuberkulösen Frauen zu der Zahl der nichttuberkulösen Frauen sich etwa wie 5 : 9 verhält. Bei den Lupuskranken, die seit 1910 als eine besondere Krankheitsgruppe aufgeführt werden, überwiegen die Frauen. Das Anteilsverhältnis der Männer zu den Frauen stellt sich hier nahezu wie 3 : 5. Was nun die behandelten Personen anbetrifft, so ist deren Zahl seit 1897 auf fast das Elfache, diejenige der ständig behandelten Lungentuberkulösen Männer auf nahezu das Zwölffache, die Zahl der ständig behandelten Lungentuberkulösen Frauen auf mehr als das Zwanzigfache, die Zahl der ständig behandelten nichtlungentuberkulösen Männer auf mehr als Fünffache, und diejenige der Frauen dieser Gruppe auf nahezu das Neunfache gestiegen. Die

die Sonne ging unter über dem Adriatischen Meere“. Kein Mensch verstand das Bild, aber angestaunt wurde es, und nur derjenige war noch salonsfähig, welcher dieses Bild gesehen hatte und sich darüber unterhalten konnte. Die beiden jungen Akademiker waren die Löwen des Tages. Eine ernste Kritik hielt dieses Bild für das Tollste, was je geleistet wurde. Aber mit diesem Urteil kamen diese ernsten Menschen nicht weit, sie wurden niedergeschrien und die Maler in den Himmel gehoben. Da wurde es diesen denn doch zu bunt. Sie gaben offen zu, daß sie mit ihrem Bilde nichts weiter beabsichtigten hätten als eine Verhöhnung der maßgebenden Kunstkritiker; ihr Bild sei, so versicherten sie, von gar keinem Menschen gemalt, sondern von einem Esel. Sie, die beiden Akademiker, hätten eine große Leinwand genommen, davor einen Esel angebunden, dessen Schwanz in Farbe getaucht, dann das Vieh zornig gemacht, so daß es vor Wut mit seinem Schwanz um sich geschlagen hätte. Durch dieses fortwährende Schlagen des mit Farbe getränkten Schwanzes sei das „Bild“ entstanden. Und so etwas wurde angestaunt.

Dieses Bild kam mir übrigens in den Sinn, als ich neulich die „Zurfreie Kunstschau“ (Potsdamerstraße 39 a) durchwanderte. Es ist dieses die erste Ausstellung in Berlin, deren Werke von dem Publikum beurteilt werden sollen, nicht schon vorher von einem Richterkollegium. Gute Bilder,

sehr gute Bilder sind dort zu sehen und es lohnt sich ein Besuch, aber auch Bilder sind dort, von denen man wünschen könnte, es wäre nur der Rahmen aufgehängt worden. In der sogenannten Schreckenskammer, auch wohl Nachkabinett genannt, hängen Bilder, von denen man nur annehmen kann, daß sie von Eseln gemalt sind. Zum Glück richtet sich ein solches Beginnen von selbst und fällt der Lächerlichkeit anheim bei dem ernststen Beschauer — ob aber nicht das Publikum von Berlin W.W. anderer Meinung ist? Ich für meinen Teil schätze dieses Berliner Publikum nicht höher ein als das Pariser, welches der Eselmalerei den größten Kunstwert beimäß.

Diese „Zurfreie“ verdient übrigens weitestgehender Beachtung. Es hat sich alles dort zusammengefunden — mit den obigen unrichtigen Ausnahmen —, was nicht auf eine Kunststrichung eingeschworen ist. Für den Nichtkenner sei bemerkt, daß z. B. auf der großen Berliner Kunstausstellung nicht jedes noch so gut gemalte Bild angenommen wird, wenn es nicht nach einer bestimmten, der herrschenden Richtung gearbeitet wird. Geht jemand seine eigenen Wege und kommt damit zum Ziel, so wird das nicht anerkannt. Es heißt einfach: die maßgebenden Herren Professoren arbeiten so, also hast Du auch so zu arbeiten; immer nach einem Stiefel. Uebrigens ist das Malen eines Stiefels nicht leicht, das weiß ich aus Erfahrung. Johannes Berger.

nicht ständig behandelten Lungentuberkulösen Männer und Frauen zusammen haben eine Steigerung um etwa das Achtundzwanzigfache und die nicht ständig behandelten Männer und Frauen, die wegen anderer Krankheiten behandelt wurden, haben eine Steigerung um etwa das Dreihundzwanzigfache erfahren.

Wie schon eingangs erwähnt, ist die versicherungspflichtige Bevölkerung seit 1897 ebenfalls erheblich gestiegen. Das Anwachsen der Heilbehandlungsfälle wird nun am wirksamsten dadurch veranschaulicht, wenn man die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Personen der Zahl der versicherungspflichtigen Personen gegenüberstellt. Im Jahre 1897 wurden 10 564 Personen dem Heilverfahren unterworfen. Diesen gegenüber stand eine auf Grund der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung von 11 813 259 Personen. Hiernach wurden auf 10 000 Versicherte nur neun Personen in Heilbehandlung genommen. Für das Jahr 1909, in welchem 101 158 Personen behandelt wurden, ist zum erstenmal die auf Grund der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung — 14 631 390 Personen — in Rechnung gezogen worden. Auf 10 000 Versicherte wurden demnach 69 und im Jahre 1910 bei 114 310 Heilbehandlungsfällen 78 Personen behandelt.

Im Jahre 1910 sind 40,87 auf Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Keimkopftuberkulose, 0,16 auf Hundert wegen Lupus und 58,97 auf Hundert wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Von den Tuberkulösen sind 97,63 auf Hundert, von den anderen Kranken 56,38 auf Hundert in ständige Heilbehandlung genommen worden. Der im Verhältnis zu allen sonstigen Kranken außerordentlich hohe Prozentsatz von behandelten Tuberkulösen zeigt uns, wie stark die Tuberkulose unter der arbeitenden Bevölkerung verbreitet ist. Nach einer für die Jahre 1896 bis Ende 1899 im Reichsversicherungsamt bearbeiteten, insgesamt 315 089 Rentenempfänger umfassenden Statistik der Invaliditätsursachen, nimmt von 28 Invaliditätsursachen die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei Drittel) an Lungentuberkulose; ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während in den Alters von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 vom Hundert) und in den Alters von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 vom Hundert aller invaliden Frauen aus diesen Berufsgruppen die Invalidität auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen noch mehr als 37 Tuberkulöse auf 100 männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren. Für die Versicherten im Handel und Verkehr stellt sich bei invaliden Männern im Alter von 20 bis 30 Jahren das Verhältnis so, daß mehr als die Hälfte aller Invaliditätsfälle auf Lungentuberkulose beruht, während mindestens der vierte Teil aller 20 bis 30 Jahre alten invaliden Frauen aus häuslichen Diensten tuberkulös ist.

Was die Dauererfolge bei der Behandlung der Tuberkulose anbetrifft, so lehrt die Statistik, daß die Frauen durchweg bessere Dauererfolge, und zwar 3 bis 8 vom Hundert, aufzuweisen haben als die Männer. Andererseits haben sich in den Behandlungsjahren 1907 und 1909 sowohl bei den Männern als bei den Frauen die Dauererfolge gegenüber dem Jahre 1905 gehoben. Vergleicht man die verbleibenden Erfolge am Schlusse der ersten Jahre nach dem Behandlungsjahr, so ergibt sich für die 1905 Behandelten am Schlusse des Jahres 1906 ein Dauererfolg von 63 vom Hundert bei Männern und 67 vom Hundert bei Frauen, für die 1907 Behandelten am Schlusse des Jahres 1908 ein Dauererfolg von 64 vom Hundert bei Männern und 69 vom Hundert bei Frauen, und für die 1909 Behandelten am

Schlusse des Jahres 1910 ein Dauererfolg von 68 vom Hundert bei Männern und 71 vom Hundert bei Frauen. Die Dauererfolge sind also hier bei den Männern um 5, bei den Frauen um 4 vom Hundert gestiegen. Bei diesen günstigen Ausblicken dürfte die Forderung auf eine Erweiterung statt Einschränkung des Heilverfahrens nur zu berechtigt sein. Die Anfangserfolge bei der Behandlung der Lupus weisen ebenfalls hohe Ziffern auf.

Unter sonstige Aufwendungen wurden 1910 zur Durchführung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande an Frauenvereine, Krankenpflege-Stationen usw. 339 935 M. gewährt. Krankenfürsorge-Vereine und andere Einrichtungen (Balderholungsstätten) erhielten 624 626 M. In Invalidenhäusern wurden 1910 genommen 722 Männer und 238 Frauen. Ein Arbeitszwang besteht in mäßigem Umfang in den Heilstätten von 10 Versicherungsträgern. Die Arbeit wird bei diesen ärztlich verordnet und gilt als Heilfaktor. Vorzugsweise werden Feld-, Wald-, Garten- und Hausarbeit, in einzelnen Fällen auch Werkstättenarbeit verrichtet. Die Arbeitsdauer in den Heilstätten ist verschieden. Im Höchstfalle beträgt sie sechs, im niedrigsten Falle eine halbe bis eine Stunde. Eine geringe Vergütung — 5 bis 15 Pf. die Stunde — für die von den Pflegenden geleistete Arbeit wird in vier Fällen gezahlt. In einzelnen Invalidenhäusern werden die Pflegenden ebenfalls mehr oder weniger entsprechend beschäftigt und erhalten dafür Arbeitsprämien.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß wegen Zahnerkrankungen im Jahre 1910 insgesamt 25 260 Personen (13 417 Männer, 11 843 Frauen) behandelt wurden. Geschlechtskrankheiten die Versicherungsanstalten in demselben Jahre 677 (473 Männer, 204 Frauen) und Alkoholtrunks 677 (670 Männer und 7 Frauen) in Behandlung. Vergleicht man nun noch die Kosten der Heilbehandlung mit den Einnahmen der Versicherungsträger aus Beiträgen, so ergibt sich, daß diese Kosten nach Abzug der Erstattungen durch die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. im Jahre 1910 10,7 gegen 10,3 vom Hundert im Jahre vorher betragen. Die Einnahmen aus Beiträgen liegen von 188 465 844 M. im Jahre 1909 auf 197 325 509 M. im Jahre 1910. Hoffentlich läßt man bei solcher Vermögenszunahme keine Einschränkung des Heilverfahrens eintreten.

Korrespondenzen.

Hamburg. Am 15. Oktober fand hier vom Gau 10 die erste Konferenz statt. Vertreten waren sämtliche Zahlstellen. Vom Hauptvorstand nahm die Kollegin Paula Thiede an der Konferenz teil. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Zahlstelle Hamburg gab der Kollege Glarner den Tätigkeits- und Situationsbericht. Im Tarifverhältnis steht in unserem Gau nur Hamburg und Bremen, doch hoffen wir, daß die jetzige Tarifbewegung allen unserm Gau angeschlossenen Orte gerechte Verhältnisse bringe. In die Agitation muß mehr als bisher eingetreten werden, dazu haben aber alle Orte ihr Teil mit beizutragen. Aufforderungen an den Gauvorstand wegen Abhaltung von Agitationsversammlungen sind im letzten Jahre nicht ergangen, das muß in der kommenden Zeit nachgeholt werden. In der Diskussion wurde von den Delegierten im Allgemeinen die Notwendigkeit der intensiveren Agitation hervorgehoben. Hamburg hat eine gute Organisation, die Kollegen sind zu 95 Proz. organisiert, doch unter den Kolleginnen ist noch fleißig Agitation nötig, da sie nicht so beständig sind. Auch fehlt es an den nötigen Kräften, die bei der Agitation helfen könnten, es müßte Bedacht darauf gelegt werden, diesen Uebelstand abzuheben. Die Lohnverhältnisse haben sich, wie aus den Ausführungen des Kollegen Lohse hervorging, stetig gebessert. Nach einer im letzten Monat aufgenommenen Statistik ist der Durchschnittslohn der Kollegen 27 M., während er sich bei den Kolleginnen auf 16,75 M. stellt. Frau Vosse-Bremen führte aus, daß die Zahlstelle Bremen unter einer großen Notkation leide. Nur der Hausagitation sei es zu danken, daß die Mitgliederzahl sich auf derselben Höhe halte. Hauptächlich sind es die Kolleginnen, die bei jeder ihnen bietenden Gelegenheit dem Verbände den Rücken kehren. Die Arbeiterinnen glauben eben immer noch, durch eine Heirat sei die soziale Frage für sie gelöst. Die im Tarif

festgesetzten Löhne sind hier zu Maximal-Löhnen geworden. Auf einer Arbeitskarte wird den Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Entlassung bemerkt, welchen Lohn sie zuletzt erhalten haben und bei einer Einstellung ist diese Karte abzugeben. Der Prinzipal darf nun keinen höheren Lohn, als auf der Karte verzeichnet ist, zahlen. Will man einer guten Anlegerin etwas mehr geben, muß es als Gehalt angesehen werden, was mehrfach geschieht. Kollege Pahl-Kiel meinte, wenn die in den Parteibetrieben tätigen Kollegen sich unserer Organisation anschließen würden, um für unseren Verband zu wirken, dann könnten die Zahlstellen in manchen Orten bedeutend größer sein. Aber die Posten und Pöfchen, die diese Kollegen in anderen Verbänden innehaben, halten sie davon zurück, für uns zu arbeiten. Auch wir halten in Kiel regelmäßig Druckereiverammlungen ab und unternehmen manche Hausagitation. Die minimalen Löhne in Kiel sind die Folgen der Gleichgültigkeit der Kieler Kollegenschaft. Kollege Zangermann-Harburg berichtete, daß die am besten zahlenden Betriebe das Kreisblatt und das Parteigeschäft wären. In einem Geschäft besteht sogar teilweise Monatszahlung und zwar bekommen die Mädchen 20—30 M. Kollegin Nordmann-Libed meinte, wenn von Hamburg aus wieder helfend in der Agitation eingegriffen würde und der Buchbinderverband die bei ihm organisierten Kolleginnen abgäbe, dann sei es möglich, in Lübeck wieder eine Zahlstelle zu bekommen. Die Kollegin Thiede ließ die Ausführungen der Redner noch mal Revue passieren und stellte dabei fest, daß von allen Seiten nur Klagen über das Organisationsverhältnis und die Agitationsarbeit geführt worden seien. Wenn in Hamburg es an agitatorisch tätigen Personen fehle, in Bremen für Frau Vosse jedoch die Betätigungsmöglichkeit nicht gegeben sei, so müsse hier ein Ausgleich der beiden Orte geschaffen werden. Agitation muß in allen Orten mehr gepflegt werden und Hamburg wird in diesem Falle in Fragen der Agitation vom Hauptvorstand die volle Bewegungsfreiheit haben. Die zum Teil recht schlechten Löhne in einzelnen Orten des Gaues würden hoffentlich bei der Tarifrevision eine Besserung erfahren. Sodann referierte die Kollegin Thiede über den Streik der Steinbrücker und die durch ihn hervorgerufene Ausbeuerung; über unsere Bewegung im Steinbrückerwerbe ein anschauliches Bild gebend, schloß sie mit der Bekanntgabe der Verhandlungen, die zurzeit gepflogen worden sind. Zur Einrichtung einer Gauklasse unterbreitete der Kollege Kirchner der Konferenz eine Aufrechnung, wonach vierteljährlich jedes Mitglied 5 Pf. zu zahlen hat, wenn die nötigen Kosten in Zukunft für die Gantage gedeckt werden sollen. Er ersuchte seinen Vorschlag anzunehmen, dem wurde stattgegeben. Als Ort für die nächste Abhaltung des Gantages wird Schwerin bestimmt. Mit der Aufforderung, nun recht eilig in den einzelnen Orten für unseren Verband zu arbeiten, schloß der Kollege Glarner den ersten Gantag.

DSnabrück. Unsere Versammlung, welche am 21. Oktober stattfand, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende, Kollege Giese, sprach den Wunsch aus, daß die Mitglieder immer möchten das rege Interesse zeigen, dann würden auch wir in unserer Zahlstelle vorwärts kommen. Zwei Kolleginnen wurden neu aufgenommen. Beschlossen wurde, in eine Hausagitation einzutreten. Die nächste Versammlung soll am 12. November in Welle stattfinden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Adressenveränderungen.

Kaufbeuren.
Vorsitzender: Joseph Burger, Mindelheimerstraße 459 1/10.
Wien a. Rh.
Vorsitzender u. Arbeitsnachweiser: Hermann Bell, Bobstraße 2 II.
Zittau.
Passierer: Max Köhler, Salzbeirichstraße 21 III.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Braunschweig 370.77, Briesg 84.80, Cöthen 24.94, Crimmitschau 163.20, Essen 56.72, Görtz 9.49, Kaufbeuren 185.20, München 365.21, Zittau 162.45 M.

S. L o b a h l.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 45.

Berlin, den 11. November 1911.

17. Jahrgang.

Das Land, in dem Milch und Honig fließt.

(Brief aus der Schweiz.)

Von den 525 000 Ausländern, die bei der letzten Volkszählung in der Schweiz gezählt wurden, sind der allergrößte Teil Arbeiter und Angehörige von Arbeitern. Und von diesen der größte Teil kam in die Schweiz, „die Brust von Hoffnung geschwellt“. Sie sehen in der Schweiz ein Land, in dem es sich herrlich leben lassen muß: ein Land mit wunderbaren landschaftlichen Schönheiten, mit Alpenriesen, deren Schnee- und eisbedeckte Gipfel berückend schön im Abendrot glühen; mit silbernen Seen, grünen Matten mit dem Konzert der melodischen Kuhglocken und Sennerjodeler; ein Land mit geheimnisvollen Wäldern, mit finstern-grausigen Schluchten — und dazwischen das aus den Gedichten bekannte „friedliche Volk der Hirten“.

Gewiß: Alle diese Schönheiten sind tatsächlich vorhanden. Und noch viele andere mehr! Wo bei wir an die größeren politischen Rechte und Freiheiten noch gar nicht erinnert haben. Aber trotzdem erlebt fast jeder Arbeiter, der hoffnungsvoll in die Schweiz kommt, eine Enttäuschung, eine größere Enttäuschung als jene Ägypter in Sais, als sie, wie eine griechische Legende erzählt, das so lange verschleierte Götterbild endlich schauen durften. Das Land, von dem sie glaubten, daß es Milch- und Honigströme berge, stellt sich ihnen nur zu bald dar als eines, in dem der Kapitalismus genau so brutal regiert, wie in der Monarchie, der sie glücklich entronnen sind, als ein Land, in welchem zwischen Arbeiten und Genußen ein genau so weiter und dorniger Weg liegt, als in jedem anderen Lande. Ja, wenn sie sich dann bauern niederlassen wollen (oder müssen) und erfahren, welcher Wädereien, Scherereien und Bureaukrateien sie sich zu unterwerfen, welche Papiere sie alles zu besorgen haben, oder, wenn sie diese nicht beschaffen können, wieviel Skaution sie stellen oder Bürgschaften sie sich sichern müssen, wenn sie bei dieser Gelegenheit schon erfahren, wie wenig beliebt im schönen Lande Wilhelm Tell's die Ausländer sind, die nicht als reiche Vergnügungsbummel kommen — dann hebt er recht die Unsumme von Enttäuschungen an. Und diese erreichen den Höhepunkt, wenn sie erst eine zeitlang in der Schweiz gearbeitet oder gar, wenn sie einen Streit mitgemacht haben. Dann ist auch dem Letzten klar: Auch in der schönen „freien“ Schweiz wird „mit Wasser gelodet“, auch im herrlichen Lande Winterthod haben die Eier nur ein Dotter. Ganz wie daheim.

Ich habe jetzt über ein Jahr lang einzig die Arbeiterverhältnisse studiert. In Bibliotheken, Leseschulen, Vorträgen, Kursen und in der Praxis in vielen Dutzenden von Versammlungen und Sitzungen der Arbeiterkorporationen. Aber ich bin aus einer Enttäuschung in die andere gefallen! Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Wert der Demokratie lächerlich gering ist, daß alle politischen Rechte nur wenig bedeuten, solange der Unterbau, auf dem sie ruhen, kapitalistisch bleibt. Und immer wieder klingen mir die Worte ins Ohr, die jüngst ein schweizerischer Arbeiterführer in einem Vortrage sagte: „Die Verhältnisse in unserer schweizerischen Republik haben sich bereits soweit entwickelt, daß auch bei uns das Wort zutrifft, das Marx in seinem „18. Brumaire“ für die kleinen Nachkommen der großen Sans-culotten prägte: daß sie ihren Wahlspruch „Liberté, Egalité, Fraternité“ längst ersetzt hätten durch die Lösung: „Infanterie, Kavallerie, Artillerie“. Werken wir einmal einen Blick auf die Verhältnisse, unter denen in der Schweiz die Arbeiter zu leben gezwungen sind. Nur ein paar nackte Tatsachen, geschöpft aus den Untersuchungen der Fabrikinspektoren und den

Statistiken von Lorenz, die man nicht achselzuckend als „Aufgeherei“ abtun kann.

Das „Volk der Hirten“ wird immer mehr ein Heer arbeitender Proletarier. Nur noch 34 Proz. aller Bewohner ernähren sich von der Landwirtschaft. Die Zahl der Fabrikarbeiter aber hat sich in 20 Jahren um 80 Proz. vermehrt, die der Pferdekräfte in den Fabriken gar um 438 Proz. In der Fabrikindustrie waren 1909 310 190 Arbeiter beschäftigt, das bedeutet eine Zunahme von 68 000 in 9 Jahren oder 27,9 Proz. Der allergrößte Teil dieser Arbeiter arbeitet noch täglich 10 Stunden und mehr. Nicht einmal einer unter je 200 Arbeitern (0,4 Proz.) hatte eine kürzere als neunstündige Arbeitszeit. Aber 22 933 Arbeiter mußten täglich $9\frac{1}{2}$ Stunden, 150 795 Arbeiter mußten 10 Stunden, 72 859 gar $10\frac{1}{2}$ Stunden und 44 568 noch 11 Stunden arbeiten! Das heißt also: Von je 100 Arbeitern arbeiten 38 noch über 10 Stunden täglich! Und das, obwohl diejenigen Fabrikanten, die seit 1901 die Arbeitszeit verkürzt haben, offen zugeben, daß die Produktion deshalb nicht nur keine Verminderung, sondern im Gegenteil eine Steigerung erfahren habe. Auch die Fabrikinspektoren bestätigen das.

Sicher dürfte es viele Leser interessieren, in welchen Berufsgruppen es mit der Arbeitszeit am schlimmsten steht. Darüber heißt es in den Berichten: Von den über 10 Stunden Arbeitenden waren allein in der Textilindustrie 110 286, in der Lebensmittelindustrie 21 295, sogar in der Metallindustrie noch 53 748. (!) Der von den Unternehmern vielfach angeführte „freie Samstagmittag“ spielt nur eine geringe Rolle, denn von den über 300 000 Arbeitern haben nur 39 000 denselben und erst seit kurzer Zeit. Mehr als zehn Stunden arbeiteten 1909 in der Textilindustrie noch 54,3 Proz. aller Arbeiter, in der Lederindustrie 29,7 Proz., Lebensmittelindustrie 40,8 Proz., Chemische Industrie 26,9 Proz., Metallindustrie 32,6 Proz. (!), Salinen, Erden, Steine (Bauarbeiter usw.) 42,2 Proz.! In der Uhrenindustrie müssen 75 Proz. aller Arbeiter zehn Stunden arbeiten, ebenso in der Leder- und Holzbearbeitungsindustrie. Im Durchschnitt arbeitet jeder Arbeiter in der Schweiz täglich 10,16 Stunden! Und wären nicht die Gewerkschaften so eifrig dahinterher gewesen, so wäre es noch viel schlimmer, denn noch vor neun Jahren arbeiteten anstatt 38 Proz. gar 54 Proz. aller Arbeiter länger als 10 Stunden!

Die Frauen unserer Leser und Arbeiterinnen dürften folgende Angaben interessieren: Während man 1888 erst 59 697 Arbeiterinnen zählte, waren es 1901 bereits 73 728. Von je 100 Arbeitskräften waren 35 weiblichen Geschlechts im freien schönen Schweizerlande! Und während 1888 erst 22 790 junge Leute unter 18 Jahren in Fabriken auszubereitet wurden, waren es 1901 bereits 35 272. Seit 1901 sind aber diese Zahlen gewaltig gewachsen, wie das Beispiel aus nur einem der drei Kreise zeigt: In diesem Kreise stieg von 1901 bis 1909 die Zahl der Jugendlichen um 70,3 Proz., die der Frauen um 88,1 Proz. Die Frauenausbeutung und die der Jugendlichen nimmt unheimlich zu. Und nicht nur in der Textilindustrie, nein, auch in Glühlampenfabriken, auch in Fabriken für elektrische Apparate und Maschinen, in Schrauben- und Schlossfabriken, in Möbel- und Maschinenfabriken u. a. Und der Staat sieht ruhig zu, wie auf diese Weise der Kapitalismus die Volkskraft verlüstert. In der freien Schweiz steht es dem Ausbeuter eben völlig frei, nach Gutdünken mit den Trägerinnen der Volkskraft zu schalten. Werden doch sogar im Kanton St. Gallen, wo die Stickerie zuhause ist, noch 48 000 Kinder, darunter 4000 unter acht Jahren (!) auszubereitet. Freiheit der Ausbeutung zur höheren Ehre des Profits der „Patrioten“!

Die infolge dieser Ausbeutung vorkommenden Schädigungen der Arbeiter an Leib und Leben vervollständigen das hier skizzierte Bild.

Die Zahl der Unfälle nimmt in erschreckendem Maße zu. 1899 waren es 12 861, 1902 bereits 16 962, 1908 gar 19 337! Die meisten in der Textil-, Metall-, Holz- und Chemischen Industrie. Die Zunahme der Unfälle von 1899 bis 1908 betrug in der Textilindustrie 35,1 Proz., in der Uhrenindustrie und Bijouterie 102,2 Proz. (!), in der Metallindustrie 55,2 Proz., in der Chemischen Industrie 69,7 Proz., in der Holzbearbeitung 43,5 Proz., bei den Bauarbeitern usw. 63 Proz. Durchschnittlich betrug die Steigerung 50 Proz. Häufig verunglückten in der schweizerischen Industrie rund 15 000 Menschen, wobei zu beachten ist, daß die ganze Schweiz nicht mehr Einwohner hat wie Groß-Berlin oder Wien. Und das Schlimmere: Es vermehren sich die Unfälle weit rascher als die Arbeiterzahl. Betrug z. B. die Zunahme der Arbeiter in der Textilindustrie in neun Jahren 15,2 Proz., so die Zahl der Unfälle 19,9 Proz. mehr. Insgesamt geht die Zunahme der Unfälle fast doppelt so schnell vor sich, wie die Zunahme der Arbeiterzahl. Auf 1000 Arbeiter entfielen in der Holzbearbeitung 1899 107,5 Unfälle, 1908 114,3. In der Industrie der Steine und Erden stieg diese Zahl von 83,7 auf 130,1; in der chemischen Industrie von 131,1 auf 143,3 usw.

Getötet wurden in den neun Jahren in der Textilindustrie 90, in der Metallindustrie 168, von den Bauarbeitern usw. 106, Holzarbeiter 86, chemische Arbeiter 92, insgesamt 643 Arbeiter. Auch hierbei gilt, was oben gesagt wurde: Die Zahl der tödlichen Unfälle wächst rascher als die Zahl der Arbeiter. Stieg in neun Jahren die Zahl der Arbeiter um 118 Proz., so die Zahl der tödlichen Unfälle um 173 Proz. Wie die Berichte konstatieren, sind 8,9 Proz. aller Unfälle einig und allein auf Ueberanstrengung zurückzuführen. Also auch eine Folge der skandalös langen Arbeitszeit. Trotzdem wird diese lange Arbeitszeit andauernd künstlich verlängert. In der „freien“ Schweiz haben nämlich die Ausbeuter die Freiheit, von der Behörde die Erlaubnis zu Ueberzeitarbeit zu fordern. Davon wird natürlich reichlich Gebrauch gemacht. 1909 mußten in 1415 Fabriken usw. 26 900 Arbeiter Ueberstunden machen. In den neun Jahren vorher 267 436. Rund 16 Proz. aller Etablissements mit 9,1 Proz. aller Arbeiter machten neben ihrer Arbeitszeit noch Ueberstunden. Auf jeden dieser entfielen im Durchschnitt der letzten neun Jahre jährlich 22,75 Ueberstunden. — Außerdem hat der Ausbeuter in der freien Schweiz noch die Freiheit, Erlaubnis für Nacht- und Sonntagsarbeit von der Behörde zu fordern. Im Durchschnitt der letzten neun Jahre wurden von den Behörden jährlich 52 Bewilligungen für sog. Schichtarbeit, 115 für Sonntags- und 109 für Nacharbeit erteilt. Für jede Bewilligung werden im Durchschnitt 455 Stunden berechnet, so daß also die Fabrikanten, die die Bewilligung erhielten, im Durchschnitt 45 Arbeitstage gewonnen haben, in der Lebensmittelindustrie gar 79.

Aber auch damit sind die Unternehmer noch nicht zufrieden. Sie lassen entgegen dem Gesetze ihre Arbeiter vielfach ohne Erlaubnis länger arbeiten und erhalten dann — d. h. wenn sie erwischt werden — Strafen in Höhe von höchstens 30 Fr., ganz wie bei uns. Sodas auch hier die Inspektoren klagen, wie einst Dr. Wörrißhofer in Baden, daß durch derart niedrige Strafen die Unternehmer nur zu immer neuen Uebertretungen ermuntert werden und obendrein ein gutes Geschäft machen.

Das wäre der Jammer der Arbeitszeit. Wie aber steht es mit den Löhnen im Lande Helvetia? Man höre, was der Sekretär des Gewerkschaftsbundes für 1909 festgestellt hat: Buchdrucker verdienen durchschnittlich täglich 6,90 Fr. (1 Fr. gleich 80 Pf. gleich 85 Heller), Buchbinder 5,20, Vieher 4,50, Mechaniker, Schlosser usw. 5,40, Maurer 5,40, Handlanger 4,40, Maler und Gipser

6,70, Holzarbeiter 6,20, Küfer 5,90; Klaviermacher hatten ein Jahres Einkommen von 2000 Fr. (1600 Marx, 1700 Kronen), Bergolder 1820, Parkettleger 1790, Tapezierer 1840, Glaser 1740, Bildhauer 1910, Tischler 1680, Stellmacher 1570, Zimmerleute 1600, Korbmacher 1190, Schneider 1200 bis 1800, Schuhmacher 1500 bis 1900 usw.

Wie „gut“ man mit solchen „Löhnen“ in der Schweiz leben kann, mögen ein paar Angaben über Lebensmittel illustrieren. Die Mieten sind entsetzlich teuer. Im Durchschnitt berechnet man auf das Zimmer bei einer zweizimmerigen Wohnung ohne Mansarde 212, bei einer dreizimmerigen Wohnung 195 Fr., sodaß also (diese Zahlen gelten für die ganze Schweiz) eine zweizimmerige Wohnung über 400, eine dreizimmerige über 570 Fr. kostet. Bei Wohnungen mit Mansarden 390 bis 530 Fr. Laut Statistik des Metallarbeiterverbandes hatte durchschnittlich ein Metallarbeiter zu zahlen pro Jahr bei einer Familie von fünf Köpfen für Wohnung 384 Fr., für Nahrung 1170 Fr., Kleidung 250 Fr., Bildung und Vergnügen inkl. Schule usw., Bier, Zigarren usw. 100 Fr., für Steuern 35 Fr. usw. Das machte über 2000 Fr. im Jahre. Aber nur die wenigsten verdienen diese Summe! — Hausfrauen können sich leicht ausrechnen, wie sparsam sie sein müssen bei folgenden Preisen im Lebensmittelverein der Arbeiter in Zürich: Brot pro Pfund 20 Rappen (16 Pf., 17 Heller), Butter 2 Fr. (1,60 Mk., 1,70 Kronen), Eier pro Stück 11 bis 14 Rappen, Kaffee (gewöhnlich) 1,20 bis 1,40, Kartoffeln 7 Rappen pro Pfund, Milch 25 Rappen pro Liter, Fleisch zur Suppe 1,40 Fr., zu Braten und Füllen usw. bis 2,80 Fr., Schweinefleisch 2 Fr., Kalbfleisch 2 Fr., Wurst 1,45 bis 2 Fr. pro Pfund, Zucker 32 Rappen, Kohlen 2,20 Fr. pro Zentner. Das Rasieren kostet 30 bis 40 Rappen, Haarschneiden 50 Rappen, ein Mittagessen für lebige Arbeiter zirka 1 Fr. (ohne Getränke), ein paar Schuhe zu solchen 4½ bis 5 Fr. Und alles wird teurer! Viel schneller steigen die Preise als die Löhne! Von 1893 bis 1909 stiegen z. B. die Löhne durchschnittlich um 25 Proz., die Lebensmittelpreise um 30 bis 35 Proz., die Mietpreise gar um 37 bis 41 Proz. In der Schweiz zählt obendrein der Bürger die höchsten Zölle. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 21 Fr., sodaß eine Familie von fünf Köpfen jährlich 105 Fr. Zölle zahlen muß. Dazu kommen 109 Fr. von den Militärischen, der jährlich über 50 Millionen Fr. verschlingt u. a. m. Wenn aber der Arbeiter versucht, durch einen Streik seine Lage zu verbessern, dann wird das Militär mobil gemacht. Und zwar viel schneller noch als in der Monarchie! In diesem Jahre wurde allein dreimal Militär requiriert: Beim Maurerstreik in Zürich, beim Tischlerstreik in Davos und beim Schneiderstreik in Montreux. Viele Arbeiter wurden dort wegen Streikpostensieben lange Wochen eingesperrt, mißhandelt und soweit sie Ausländer waren, für lange Jahre ausgewiesen. Ja, ja, der Profit der Kapitalisten ist auch in der Schweiz ein kränkliches Nahrungsmittel, das mit allen Machtmitteln behütet werden muß. Wenn trotzdem so viele Arbeiter in die Schweiz kommen, so deshalb, weil sie bei dieser Gelegenheit die Alpen genießen, weil sie in der Westschweiz französisch, im Tessin italienisch lernen wollen, und andere wieder kommen, weil sie auch einmal in der Schweiz gewesen sein wollen. Aber es geht hier nicht wie vor der Höhle des Löwen, wo man wohl die Spuren derer sah, die hinein, aber nicht derer, die herauskamen; die meisten Zugewanderten verlassen aber kurz oder lang das Land, das Schiller in so glühenden Farben geschildert hat, um eine Erfahrung reicher und mit dem Gewinn der Ueberzeugung: Solange die Demokratie kapitalistisch ist, ist sie keinen Pfifferling wert. Erst in der sozialen Demokratie wird der Arbeiter menschenwürdig leben!

Robert Albert.

Rundschau.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Lithographen und Steinbrücker in Polen. Ein neuer Tarif ist von allen Firmen bis auf zwei kleine Betriebe anerkannt worden und trat am 1. November mit

zweijähriger Gültigkeitsdauer in Kraft. Alle Gehälter erhalten wöchentliche Lohnzulagen von 1 Mk. an beginnend. Für Lithographen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, für Steinbrücker 52½, vom 1. April 1912 ab 52 Stunden wöchentlich. Die polnischen Firmen bezahlen die in die Woche fallenden Feiertage.

Katholische Verleger gegen die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter. In Regensburg, wo im fürstlichen Palais der Bischof v. Henle thront, der im bayrischen Landtage das geflügelte Wort sprach: „Wer als Knecht geboren, soll auch Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entbunden wird“ — holen die bedeutendsten Verleger katholischer Literatur und von Zentrumszeitungen zu einem vernehmlichen Schläge gegen die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Sie wollen nur noch solches Personal in ihren Buchbinderabteilungen einstellen, das christlich organisiert ist. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die der Vorsitzende des Buchbinder-Verbandes bei den katholischen Verlagsanstalten Pusset, Habel und Manz gemacht hat.

Diese Haltung der „christlichen“ Verleger ist um so auffälliger, als sie aus Anlaß einer Lohnbewegung geschieht, die gemeinsam von dem deutschen Buchbinder-Verbande und dem christlichen graphischen Verbande geführt wird, und die Erneuerung bzw. Aufbesserung eines seit 1907 bestehenden und von beiden genannten Organisationen mit den Regensburger Unternehmern abgeschlossenen Tarifes zum Ziele hat. Doch plötzlich erklärten jene drei Firmen, daß sie weder mit dem Buchbinder-Verbande Verhandlungen führen, noch einen Tarif abschließen würden, sondern nur allein mit dem christlichen Verbande. Dabei ist das Organisationsverhältnis ein solches, daß im Buchbinder-Verbande 61 organisiert sind und im christlichen Verbande 120, in eine der drei Firmen jedoch den 19 gewerkschaftlich organisierten nur drei Christliche angezählt werden.

Alle Vorstellungen von der Unhaltbarkeit eines solchen unlauteren Zwanges nützen nichts. Vergeblich war der Hinweis auf die Stellungnahme des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem früheren Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe, den die genannten Gewerkschaften sogar auf gesetzgeberischem Wege beseitigen wollten; umsonst die Geltendmachung des neuen Buchdruckerarifes, der eine Forderung nach einer bestimmten Organisationszugehörigkeit bei Einstellung und Beschäftigung von Gehilfen für unzulässig erklärt und den diese Firmen anerkannt haben; selbst die Tatsache verfehlt ihre Wirkung, daß eine der drei Firmen durch ihren Filialbetrieb in München mit dem Buchbinder-Verbande im Tarifverhältnis stehe und der christliche Verband dort als Tarifkontrahent zugelassen sei, trotzdem er kaum 100 Mitglieder gegenüber dem 1400 Mitglieder starken Buchbinder-Verbande zähle. Immer wurde die gleiche Antwort erteilt, die Herr Kommerzienrat Friß Pusset gab: Wir verlangen hauptsächlich christliche Literatur, christliche Vereine und Gewerkschaften sind unsere Kunden und da können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir nur christlich organisierte beschäftigen wollen anstatt solcher Arbeiter und Arbeiterinnen, die weder unsere Verlagswerke kaufen, noch sie empfehlen, sondern sie sogar bekämpfen.

„Also: „Was Brot ich esse, dies Lied ich singe“ — oder mit anderen Worten: diese „christlichen“ Verleger glauben mit der Arbeitskraft ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen auch gleich deren Gesinnung kaufen zu können. Nach dieser famosen Theorie, die übrigens bei Pusset und bei Habel schon längst in die Praxis umgesetzt ist, hätte also jeder liberale Verleger das Recht, liberale Gesinnung und Organisationszugehörigkeit und jeder andere Arbeitgeber die gleiche Gesinnung, wie er sie selbst hat, von seinen Arbeitern zu verlangen.

Wie stellen sich nun die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und der christliche graphische Verband im besonderen zu diesen sonst so wütend bekämpften Monopolbestrebungen?

O, sie sind gerade die achseln Schieber einer solchen schlaun Taktik der „christlichen“ Unternehmer. Ja zum Teil geben sie es offen zu, daß nach ihrer Ansicht die katholischen Verleger recht daran täten, wie es beispielsweise ein Vorstandsmittglied der Christlichen ummuntwen in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern des Buchbinder-Verbandes in den letzten Tagen zugab. Auf Drängen von christlichen Gewerkschaften, die bei Manz ihre Organe herstellen lassen, ordnete der Aufsichtsrat dieser Aktien-gesellschaft, dem der bekannte Zentrumsabge-

ordnete Dr. Heim angehört, an, daß schon Ende 1910, ausgerechnet gerade zum Weihnachtseffigabend, ein Platz in der Buchbinderabteilung ausgegangen werden sollte, des Inhalts: Nur christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen können auf dauernde Beschäftigung rechnen.

Nur auf lebhaften Protest hin unterließ der Anschlag dieses Platzes. Der christliche graphische Verband versicherte zwar, daß er im vorliegenden Falle bei den Unternehmern für die Beschäftigung des Buchbinder-Verbandes an dem Tarifabschluß und den Unterhandlungen eingetreten sei.

Das christliche Verbändchen mit seinen aus allen möglichen Berufen zusammengekrachten 1500 Mitgliedern wird wahrscheinlich noch stolz über seine Bedeutung sein, als willfährige Hausgarde katholischer Verleger angesehen zu werden. Der Ziegestaumel dürfte sich jedoch bald verflüchtigen, denn der Buchbinder-Verband mit seinen 30 000 Mitgliedern wird ihm und seinen „christlichen“ Propektoren beweisen, wie er dem Errorismus solcher Unternehmer wie die Regensburger zu begreifen weiß. Denn der Buchbinder-Verband kämpft für das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt, wenn er den Angriff jener Regensburger Verleger auf dasselbe zurückschlägt.

Das Kündigungsrecht in der Lohnkütte ist nach einer neuerdings ergangenen gerichtlichen Entscheidung nur dann von rechtmäßiger Wirkung, wenn auf der Vorderseite der Lohnkütte eine Bemerkung mit den Worten „Enthält Kündigung!“ oder „Enthält Brief!“ steht. Nur dadurch kann etwaigen Einwendungen gegen nicht rechtzeitige oder rechtmäßige Zustellung der Kündigung vorgebeugt werden. Auf Grund dieser gerichtlichen Anschauung wurde ein Unternehmer in Stettin vom Kaufmannsgericht zur Zahlung eines Monatsgehalts verurteilt, weil er nicht glaubhaft nachweisen konnte, daß er eine beabsichtigte Kündigung dem Betreffenden rechtzeitig zugestellt habe.

Ein Gewerkschaftshaus in Augsburg. Ein langgehegter Wunsch der Arbeiter Augsburgs ist durch die Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Erfüllung gegangen. Mit der Gründung der Gesellschaftsbrauerei Augsburg durch den deutschen Brauereiarbeiter-Verband und den Ankauf der Brauerei zum „Blumenschein“ durch die Gesellschaftsbrauerei konnte die Frage des Gewerkschaftshauses in befriedigender Weise gelöst werden. Das nun vollständig umgebaute Gebäude enthält im Erdgeschoß große helle Wirtschaftsräume, im ersten Stock das Arbeitersekretariat und die Bureaus der Gewerkschaften und die Zentralbibliothek, im zweiten Stock die modern eingerichteten Fremdenzimmer mit vorläufig 40 Betten. Für die Reisenden ist ein besonderer Aufenthaltsraum ohne Trinkwanne geschaffen, ferner eine Badeeinrichtung und ein Desinfektionsraum.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlag von F. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Geschichte der Erde. I. Die Berg und Tal entstand. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Von R. Dorn. 6. Aufl. Fünfundsechzig Bändchen der Kleinen Bibliothek. 128 Seiten. Illustriert. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Auszug. — Die umgestaltenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkan. — Erdbeben. — Gebirgsbildung.

Ferner ist erschienen und gelangt gleichzeitig zur Ausgabe: Aus alten Tagen. Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Von Julius Deutsch. Sechszehnte Bändchen der Kleinen Bibliothek. 96 Seiten. Illustriert. Der Verfasser schreibt in der Vorrede: Die deutsche Wirtschaft und Kulturgeschichte pflegt in kleidlichen Büchern behandelt zu werden. Die Folge davon ist, daß dieses Wissensgebiet dem Volke fremd bleibt, haben doch die meisten arbeitenden Menschen nicht Zeit zu erstem Studium. Ich habe nun aus der Fülle der geschichtlichen Ueberlieferung einige Kapitel herausgegriffen und trage sie in anderer Form als gewöhnlich vor. Nicht im Sinne erster Gelehrsamkeit, sondern in der lösen Hülle leichtverständlicher Skizzen versuche ich soziale Zustände vergangener Tage zu schildern. — Mögen diese aufpruchlosen Bilder dazu beitragen, deutschen Arbeitern die deutsche Vergangenheit lebendiger zu gestalten.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.